

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|--|---|
| 4. Novelle zum Landes-Polizeigesetz | 8. Bedarfszuweisungen 2010 |
| 5. Information betreffend die Untersuchungspflicht für Trinkwasserversorgungsanlagen | 9. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2011 |
| 6. Bedarfszuweisung Gebührenhaushalt Kanal | 10. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2011 |
| 7. Arge Alp schreibt erstmals Preis für energieeffiziente Gemeinden aus | Verbraucherpreisindex für Dezember 2010 (vorläufiges Ergebnis) |

Geschätzte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister! Werte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!

Mit der Novelle der Tiroler Raumordnung und des Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes hat die Landesregierung Anfang Februar die Neuausrichtung der Bodenpolitik in Tirol beschlossen.

Damit werden zwei Stoßrichtungen verfolgt: Zum einen soll Bauland mobilisiert werden und zum anderen wollen wir den Gemeinden den bereits getätigten Aufwand für die Erschließung von Grundstücken früher erstatten. Das Mittel dazu ist der so genannte vorgezogene Erschließungsbeitrag auf den Bauplatzanteil, der von den Gemeinden eingehoben werden kann.

Bei Neuwidmungen wird der vorgezogene Erschließungsbeitrag mit dem Inkrafttreten der Widmung fällig. Für bereits gewidmete Baugrundstücke kann der Beitrag nach einer Übergangsfrist von drei Jahren von der Gemeinde vorge-schrieben werden. Derzeit gibt es in Tirol 5.100 Hektar gewidmetes, aber nicht bebautes Bauland. Der vorgezogene Erschließungsbeitrag bezieht sich auf den Bauplatzanteil und ist in fünf gleichen Teilbeträgen jährlich zu entrichten. Alle Sonderflächen – sowohl im Bereich der Landwirtschaft als auch im Bereich der Wirtschaft – sind vom vorgezogenen Erschließungsbeitrag ausgenommen.

Das neue Tiroler Raumordnungsgesetz gibt den Gemeinden zusätzliche Instrumente für die Schaffung von leistbarem Wohnraum in die Hand und steht für eine deutliche Verwaltungsvereinfachung. Bauland, das seit über 15 Jahren unbebaut ist, kann bei Bedarf durch die Gemeinde vorrangig für den geförderten Wohnbau ausgewiesen werden.

Baulandbilanzen werden künftig zentral vom Land erstellt und den Gemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt. Die neuen elektronischen Flächenwidmungspläne garantieren einen einfachen, schnellen und aktuellen Abruf via Internet. Auch das bisherige System der allgemeinen und der ergänzenden Bebauungspläne wird vereinfacht und durch einen einheitlichen Bebauungsplan ersetzt. Auch die Frist für die Nachmeldung von Freizeitwohnsitzen wird letztmalig bis 30. Juni 2014 verlängert.

Sowohl das Tiroler Raumordnungsgesetz als auch das Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz sollen nach Beschlussfassung im Tiroler Landtag mit 1. Juli 2011 in Kraft treten.

Euer Günther Platter
Landeshauptmann von Tirol

4.

Novelle zum Landes-Polizeigesetz

Am 21. Jänner 2011 ist die vom Tiroler Landtag am 17. November 2010 beschlossene und im LGBL Nr. 2/2011 kundgemachte Novelle zum Landes-Polizeigesetz in Kraft getreten. Die Änderungen betreffen im Wesentlichen die zwei Bereiche Hundehaltung und Prostitution.

Bei den **besonderen Pflichten über das Halten und Führen von Hunden** wird der Hundehalter nunmehr gesetzlich im § 6a Abs. 8 verpflichtet, der Behörde (Bürgermeister) innerhalb eines Monats den Abschluss einer Haftpflichtversicherung, die das vom Hund ausgehende Risiko abdeckt, nachzuweisen. Es wird der Gemeinde empfohlen, alle (auch künftige) Hundehalter über diese sie treffende Verpflichtung der Erbringung eines Nachweises zu informieren. Dies kann sowohl durch persönliches Anschreiben der bereits steuerlich von der Gemeinde erfassten Hundehalter wie auch durch Veröffentlichung auf der Homepage, den Anschlagtafeln und der Gemeindezeitung erfolgen. Der Hundehalter wird im Einzelfall unter Umständen für seinen Nachweis entsprechende Erkundigung bei seiner Versicherung einholen müssen, ob das vom jeweiligen Hund ausgehende Risiko vom Versicherungsumfang umfasst ist. In gleicher Weise wie für die bereits bisher geltenden Meldepflichten, besteht auch hier bei Zuwiderhandeln eine Strafdrohung nach § 8 Abs. 1 lit. f Landes-Polizeigesetz. Der Bürgermeister als Behörde hat entsprechende Anzeigen an die Bezirksverwaltungsbehörde zur Einleitung eines Verwaltungsstrafverfahrens weiterzuleiten.

Eine weitere Änderung des Landes-Polizeigesetzes wird im § 6a Abs. 4 normiert. Danach verpflichtet nicht wie bisher ein „Biss“, sondern allgemein eine von einem Hund zugefügte Verletzung oder Gefährdung eines Menschen oder eines Tieres den Bürgermeister als Behörde, dem Hundehalter mit Bescheid die Vorführung des Hundes beim Amtstierarzt zur Beurteilung der Auffälligkeit aufzutragen. Wird diesem bescheidmäßigen Auftrag seitens des Hundehalters nicht Folge geleistet, greift die entsprechende Strafbestimmung nach § 8 Abs. 1 lit. e Landes-Polizeigesetz. Zum Zweck der leichteren Überprüfbarkeit der Identität der Hunde wird auf die Kennzeichnungsnummer des dem Hund eingesetzten Mikrochips verwiesen (vgl. § 24a Tierschutzgesetz). Die auf diesem Mikrochip gespeicherte Zahlenkombination wird mittels Lesegerät abgerufen. Durch eine Abfrage in der Heimtierdatenbank für Hunde des Bundesministeriums für Gesundheit kann die Gemeinde den Tierhalter oder die Tierhalterin ermitteln.

Hinsichtlich der **Prostitution** haben sich Änderungen zu folgenden Bestimmungen ergeben: Zum Verbot, zur Bordellbewilligung, zum Betrieb eines Bordells und zur Überwachung und Schließung eines Bordells. Für Bordell-Standortgemeinden ist es nunmehr verpflichtend, zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit sowie zur Sicherung hygienisch einwandfreier Zustände, nähere Vorschriften im Verordnungsweg zu erlassen. Bei Erstellung einer diesbezüglichen Verordnung steht die Abteilung Gemeindeangelegenheiten beratend zur Verfügung.

5.

Information betreffend die Untersuchungspflicht für Trinkwasserversorgungsanlagen

Die Trinkwasserverordnung (TWV), BGBl. II Nr. 304/2001 i.d.F. BGBl. II Nr. 121/2007 sieht vor, dass der Betreiber einer Wasserversorgungsanlage Untersuchungen des Trinkwassers gemäß dem Untersuchungsumfang und den Untersuchungshäufigkeiten nach Anhang II der genannten Verordnung von einem Untersuchungsberechtigten durchführen zu lassen hat. Jede Trinkwasserversorgungsanlage ist zumindest einmal im Jahr zu überprüfen.

Als Betreiber von Trinkwasserversorgungsanlagen werden die Gemeinden daran erinnert, die hierfür erforderliche Auftragsvergabe für das **Jahr 2011** an einen Untersuchungsberechtigten nach §§ 65 oder 73 Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz (LMSVG) rechtzeitig zu veranlassen.

Die aktuelle Liste der zur Trinkwasseruntersuchung befugten Stellen und Personen ist auf der Homepage des Bundesministeriums für Gesundheit abrufbar

(www.bmg.gv.at – Link „VerbraucherInnengesundheit“ – „Lebensmittel“ – „Trinkwasser“).

Die Gutachten über die durchgeführten Untersuchungen sind dem Landeshauptmann als zuständige Behörde zu übermitteln. Die Trinkwasseruntersuchungsergebnisse sollten durch den beauftragten Untersuchungsberechtigten direkt in das **Wasserinformationssystem** bei der Abteilung Wasserwirtschaft des Amtes der Tiroler Landesregierung übertragen werden. Die Untersucher sind dafür ausgerüstet, die Daten digital zu übermitteln.

Die Durchführung der Beprobung hat gemäß Anhang II der TWV (Mindesthäufigkeit, erforderliche Probenzahl) zu erfolgen. Bei der jährlichen Probenahme ist auch die Überprüfung der Wasserversorgungsanlage (Lokalaugenschein, einschließlich der Wasserspende mit Fassungszone) vorzunehmen. Der Untersuchungs-

umfang hat die Parameter des Anhangs I der TWV zu umfassen, soweit diese nicht durch Bescheide des Landeshauptmannes reduziert wurden.

Für wasserfachliche Fragen steht Ihnen
Herr Dipl.-Ing. Johannes Pinzer,
Telefon-Nr. 0512/508-4215,
E-Mail: johannes.pinzer@tirol.gv.at,
Abteilung Wasserwirtschaft, zur Verfügung.

Weiters werden die Gemeinden ersucht, die sonstigen Betreiber von Wasserversorgungsanlagen im Gemeindegebiet, insbesondere Wassergenossenschaften, über die Untersuchungspflicht und die Vorlage der Gutachten zu informieren, da die Gemeinde aufgrund des örtlichen Nahebezuges in vielen Fällen erster Ansprechpartner ist.

Mag. Gabriele Achleitner
Abteilung Gesundheitsrecht

6.

Richtlinien für die Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal

In der Budgetplanung 2011 des Gemeindeausgleichsfonds wurden für den Verwendungszweck "Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal" drei Millionen Euro reserviert.

Die Bedarfszuweisungen werden unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

1. Die Gemeinde hat angemessene einmalige und laufende Gebühren vorzuschreiben. Maßgeblich sind die **Gebührensätze im Jahre 2010**. In diesem Jahr sind **€ 4,83** inkl. Umsatzsteuer je m³ Baumasse bzw. **€ 14,49** inkl. Umsatzsteuer je m² Bruttogeschossfläche an einmaligen bzw. **bis zum ersten Ablesezeitpunkt € 1,888** inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler und ab dem ersten Ablesezeitpunkt **€ 1,89** inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler an laufenden Gebühren vorzuschreiben. Werden verlorene Zuschüsse gewährt, die die Kanalgebührenbelastung für einzelne Gebührenpflichtige im Ergebnis auf weniger als die angemessenen Gebühren vermindern, so sind „Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal“ nicht möglich. Eine weitere Voraussetzung ist die Beschlussfassung des **Rechnungsabschlusses 2010** bis **spätestens 31. März 2011** (§ 108 Abs.1 TGO 2001). Als Nachweis sind Auszüge aus den Niederschriften über die einschlägigen Beschlüsse des Gemeinderates und Ablichtungen von deren Kundmachung an der Gemeinde-Amtstafel anzuschließen.

2. Die Gemeinde ist nicht in der Lage, den Gebührenhaushalt Kanal durch zumutbare einmalige und laufende Gebühren auszugleichen. Als zumutbare einmalige Gebühren gelten die unter Punkt 1 genannten Gebühren. Als zumutbare laufende Gebühren gelten **€ 2,18** inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler. Als Nachweis ist der auf den Gebührenhaushalt Kanal Bezug habende Teil des Rechnungsabschlusses und weitere Kalkulationen anzuschließen. Den weiteren Kalkulationen muss insbesondere der durch die Gemeinde über laufende Gebühren verrechenbare Wasserbezug in m³, im Fall von Mindestgebühren einschließlich einer entsprechenden Korrektur, zu entnehmen sein.

3. Liegt ein **endgültiger Gemeindehaushaltsdatenträger (GHD)** vor, kann unter „Anträge“ mit der Filterauswahl Vorgang Typ „Gebührenhaushalt Kanal“ und nach der Betätigung der Schaltfläche „Filter anwenden“ der Antrag „Gebührenhaushalt Kanal 2011“ ausgewählt werden. Im Reiter „Allgemein“ ist die Erklärung über die richtigen Angaben zu aktivieren, im Reiter „Haushalt“ sind die Haushaltsdaten aus dem Datenträger zu übernehmen und gegebenenfalls zu ändern bzw. zu ergänzen und im Reiter „Kennzahlen“ sind die vorgegebenen Felder zu befüllen.

Der ausgefüllte Antrag ist **bis spätestens 15. April 2011** an die Abteilung Gemeindeangelegenheiten weiter zu leiten.

Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten prüft den Antrag sodann inhaltlich und legt bis Ende Juni 2011 einen Verteilungsvorschlag vor.

Die Bedarfszuweisungen sollen jenen Gemeinden zugute kommen, die trotz zumutbarer Gebühren nicht in der Lage sind, den Gebührenhaushalt Kanal auszu-

gleichen. Kann mit dem eingangs vorgesehenen Betrag nicht das Auslangen gefunden werden, sind die Bedarfszuweisungen im Verhältnis der Finanzkraft II der Gemeinde 2010 zu kürzen und aufzuteilen. Die Landesregierung behält sich eine Deckelung der Bedarfszuweisung vor.

7.

Arge Alp schreibt erstmals Preis für energieeffiziente Gemeinden aus

Die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer, kurz Arge Alp, hat das Thema erneuerbare Energieträger zu einem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit gemacht. Daher wird heuer ein Preis für erneuerbare Energien ausgeschrieben. Um den Arge-Alp-Energiepreis können sich Gemeinden bewerben, die sich für die Nutzung erneuerbarer Energieträger besonders einsetzen und messbare Erfolge nachweisen können. Vergeben werden drei Preise im Wert von insgesamt 20.000,- Euro (1. Preis: 10.000,- Euro, 2. Preis: 6.500,- Euro, 3. Preis: 3.500,- Euro) an Gemeinden.

Mit diesen Vorzeigegemeinden soll dokumentiert werden, in welchen Dimensionen die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern im Alpenraum möglich ist. Kriterium für die Bewertung ist die jährliche Pro-Kopf-Erzeugungsquote aus erneuerbarer Energie in der Gemeinde.

Einreichschluss ist der 31. März 2011.

Die besten drei Gemeinden jedes Mitgliedslandes kommen in die Endausscheidung und die Hauptjury tagt Mitte Mai in Salzburg. Die Preisverleihung erfolgt am 1. Juli 2011 bei der Tagung der Arge-Alp-Regierungschefs in Zell am See.

Die Arge Alp umfasst die Regionen, Kantone und Länder Bayern, Graubünden, Lombardei, Salzburg,

St. Gallen, Südtirol, Tessin, Tirol, Trentino und Vorarlberg. Seit ihrer Gründung 1972 setzen sich die Mitglieder für eine nachhaltige Entwicklung ihrer alpinen Heimat ein. Die unzähligen Folgen ökonomischer, umweltbezogener und gesellschaftlicher Entwicklungen machen nicht an Staatsgrenzen Halt. Daher will die Arge Alp gemeinsame Probleme und Anliegen, insbesondere auf ökologischem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet behandeln, das gegenseitige Verständnis der Völker im Alpenraum fördern und das Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung für den alpinen Lebensraum stärken.

ARGE-ALP-ENERGIEPREIS 2011

Einreichunterlagen unter www.argealp.org.

Einreichschluss ist der 31. März 2011.

Die Einreichung soll auf elektronischem Weg erfolgen.

Einreichung und Ansprechpartner:

Energie Tirol

Dipl.-Ing. Bruno Oberhuber

E-Mail: bruno.oberhuber@energie-tirol.at

Tel.: 0512/589913-11

Südtiroler Platz 4

6020 Innsbruck

8.

Bedarfszuweisungen 2010

GEMEINDEAUSGLEICHSFONDS
Bedarfszuweisungen 2010
nach Verwendungszwecken

Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Gemeindeangelegenheiten

Beträge in EURO

Bezirk	EWZ 31.10.2008	Kranken- häuser	Volk- schulen	Haupt- schulen Polytech. Lehrgang Sonder- schulen	Abwasser- besei- gung *	Wasser- ver- sorgung	Wildbach- und Lawinen- ver- bauung	Kata- strophen- schäden	Straßen Wege Brücken	Gemeinde- und Mehrzweck- häuser	Alten- heime	Kinder- gärten und Jugend- heime	Feuerwehr		Fried- höfe und Leichen- hallen	Sonstige Zwecke	Gesamt	in %	
													Geräte- häuser	Fahr- zeuge und Aus- rüstung					
Imst	24	56.157	652.000	305.000	690.000	1.251.950	635.000	270.000	3.620	365.000	630.000	1.420.000	145.959	205.000	60.000	55.000	609.500	7.298.029	9,15%
Innsbruck-Land	65	163.682	592.000	2.532.000	795.200	1.013.790	523.500	321.500	132.030	2.606.612	2.048.000	545.500	609.167	1.123.340	81.400	0	1.052.165	13.976.204	17,53%
Kitzbühel	20	61.399	4.672.990	259.500	755.000	594.070	80.000	180.000	10.890	739.716	410.000	1.100.000	2.795	180.000	3.000	0	293.140	9.281.101	11,64%
Kufstein	30	99.068	295.000	580.500	1.400.000	736.590	778.500	0	62.420	1.305.881	879.250	350.000	26.909	0	96.800	40.000	1.597.427	8.149.277	10,22%
Landeck	30	43.789	548.000	50.000	350.000	470.630	210.000	425.000	73.119	1.406.880	1.630.000	300.000	678.322	650.000	109.260	35.000	1.062.556	7.998.767	10,03%
Lienz	33	50.104	0	90.600	540.000	631.700	396.000	429.100	202.820	1.212.415	1.588.000	0	16.368	272.250	116.400	150.000	2.530.480	8.176.133	10,25%
Reutte	37	31.813	33.500	90.000	78.500	830.320	344.000	1.141.000	36.350	1.588.000	1.051.000	0	10.728	74.500	32.750	45.000	1.984.835	7.340.483	9,21%
Schwaz	39	78.250	0	890.000	25.000	976.950	685.000	288.000	313.396	2.151.864	1.545.000	300.000	162.365	702.100	43.200	0	426.884	8.509.759	10,67%
Innsbruck Stadt	1	118.037	0	1.460.000	30.000	0	0	300.000	0	5.155.000	0	800.000	729.000	0	0	126.000	400.000	9.000.000	11,29%
Summe Bezirke	279	702.299	6.793.490	6.257.600	4.663.700	6.506.000	3.652.000	3.354.600	834.645	9.781.250	4.815.500	2.381.613	3.207.190	542.810	451.000	9.956.987	79.729.753	100,00%	
Sonstige			2.562.395 Schul- und Kindergartenbauförderung														2.562.395		
Summe Tirol	279	702.299															82.292.148		

* inklusive Bedarfszuweisungen für den Gebührentrahaushalt Kanal

9.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2011

Ertragsanteile an	Februar		Differenz	Änderung
	2010	2011		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	2010	2011		
	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	828.499	960.697	132.198	15,96
Lohnsteuer	19.666.287	19.932.728	266.441	1,35
Kapitalertragsteuer I	1.331.519	1.852.429	520.909	39,12
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	457.280	342.856	-114.424	-25,02
Körperschaftsteuer	-280.112	808.855	1.088.966	388,76
Erbschafts- und Schenkungssteuer	57.695	22.817	-34.878	-60,45
Stiftungseingangssteuer	12.516	2.639	-9.877	-78,92
Bodenwertabgabe	11.725	3.417	-8.308	-70,86
Stabilitätsabgabe	0	0	0	0,00
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	22.085.410	23.926.437	1.841.028	8,34
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer*	18.252.545	18.465.201	212.656	1,17
Abgabe von alkoholischen Getränken	84	94	11	12,81
Tabaksteuer	1.060.484	1.043.070	-17.413	-1,64
Biersteuer	201.400	244.604	43.204	21,45
Mineralölsteuer	5.295.380	5.577.986	282.606	5,34
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	164.175	169.853	5.678	3,46
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	978	1.175	197	20,18
Kapitalverkehrsteuern	66.923	34.644	-32.278	-48,23
Werbeabgabe	430.114	452.020	21.906	5,09
Energieabgabe	771.990	656.863	-115.127	-14,91
Normverbrauchsabgabe	333.700	348.406	14.706	4,41
Flugabgabe	0	0	0	0,00
Grunderwerbsteuer	6.288.260	5.619.254	-669.006	-10,64
Versicherungssteuer	1.442.049	1.288.714	-153.335	-10,63
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.043.179	1.078.179	35.000	3,36
KFZ-Steuer	4.285	2.555	-1.730	-40,37
Konzessionsabgabe	206.615	203.781	-2.833	-1,37
Summe sonstige Steuern	35.562.160	35.186.400	-375.760	-1,06
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern	57.647.569	59.112.837	1.465.268	2,54
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
GESAMT	57.647.569	59.112.837	1.465.268	2,54

*davon Getränkesteuerausgleich	4.987.367	4.940.045	-47.322	-0,95
--------------------------------	-----------	-----------	---------	-------

x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00
---------------------------------------	---------	---------	---	------

10.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2011

Ertragsanteile an	Jänner-Februar		Differenz	Änderung
	2010	2011		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	9.632.392	10.036.573	404.181	4,20
Lohnsteuer	33.572.576	35.806.760	2.234.184	6,65
Kapitalertragsteuer I	1.801.712	2.358.306	556.593	30,89
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	914.559	685.711	-228.848	-25,02
Körperschaftsteuer	8.366.775	12.526.911	4.160.136	49,72
Erbschafts- und Schenkungssteuer	181.075	50.274	-130.801	-72,24
Stiftungseingangssteuer	20.777	5.841	-14.935	-71,89
Bodenwertabgabe	135.488	148.286	12.799	9,45
Stabilitätsabgabe	0	0	0	0,00
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	54.625.354	61.618.663	6.993.309	12,80
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer* + x)	35.205.549	36.931.919	1.726.370	4,90
Abgabe von alkoholischen Getränken	119	127	8	6,95
Tabaksteuer	2.120.967	2.086.141	-34.827	-1,64
Biersteuer	337.790	392.448	54.658	16,18
Mineralölsteuer	8.394.020	8.774.206	380.186	4,53
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	246.554	263.349	16.795	6,81
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	1.768	2.420	652	36,88
Kapitalverkehrsteuern	137.221	74.169	-63.052	-45,95
Werbeabgabe	776.182	828.515	52.332	6,74
Energieabgabe	1.370.899	1.332.001	-38.898	-2,84
Normverbrauchsabgabe	655.675	701.645	45.970	7,01
Flugabgabe	0	0	0	0,00
Grunderwerbsteuer	12.377.590	12.314.818	-62.772	-0,51
Versicherungssteuer	2.096.593	1.988.374	-108.219	-5,16
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.086.358	2.156.359	70.001	3,36
KFZ-Steuer	135.874	140.622	4.748	3,49
Konzessionsabgabe	496.830	443.262	-53.568	-10,78
Summe sonstige Steuern	66.439.988	68.430.374	1.990.385	3,00
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u.Vermögenst. und sonstigen Steuern	121.065.342	130.049.036	8.983.694	7,42
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
GESAMT	121.065.342	130.049.036	8.983.694	7,42

*davon Getränkesteuerausgleich	9.616.425	9.880.500	264.075	2,75
--------------------------------	-----------	-----------	---------	------

x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	527.670	501.670	-26.000	-4,93
---------------------------------------	---------	---------	---------	-------

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR DEZEMBER 2010

(vorläufiges Ergebnis)

	November 2010 (endgültig)	Dezember 2010 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	110,0	110,7
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	121,7	122,4
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	128,0	128,9
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	167,4	168,5
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	260,3	261,9
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	456,7	459,6
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	581,9	585,6
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	583,8	587,5

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Dezember 2010 beträgt 110,7 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für November 2010 um 0,7% gestiegen (November 2010 gegenüber Oktober 2010: – 0,1%). Gegenüber Dezember 2009 ergibt sich eine Steigerung um 2,3% (November 2010/2009: + 1,9%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck